

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 10

Artikel: Aus der Vergangenheit nichts gelernt

Autor: Kläy, Dieter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-67381>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der Vergangenheit nichts gelernt

Zweimal Nein am 2. Dezember zur Armeeabschaffung und Friedensdienstinitiative

Bereits zum zweiten Mal soll in der Bundesverfassung der Grundsatz «Die Schweiz hat keine Armee» festgeschrieben werden. Gleichzeitig würde ein verfassungsmässiges Verbot für Bund, Kantone, Gemeinden und Private erlassen, militärische Formationen zu halten. Einzig davon ausgenommen wäre die Möglichkeit, sich bewaffnet an internationalen Friedensbemühungen zu beteiligen. Als einen möglichen Ansatz zur Umsetzung dieser neuen, idealistischen Sicherheitspolitik sehen die Initianten die gleichzeitig eingereichte Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)».

Dieter Kläy

Nur zwölf Jahre nach der Verwerfung der ersten Armeeabschaffungsinitiative 1989 werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 2. Dezember erneut an der Urne über die Abschaffung der Armee zu befinden haben. Unter dem widersprüchlichen Titel «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» lancierten linke Kreise ein Begehren auf Abschaffung der Armee. Die Beteiligung an internationalen Friedensbemühungen ausserhalb der Schweiz wäre nicht verboten, müsste jedoch dem Volk separat zur Abstimmung unterbreitet werden. Die Sicherheitspolitik des Bundes wäre gemäss den Initianten darauf ausgerichtet, konfliktträchtige Ungerechtigkeiten im In- und Ausland abzubauen. Innerhalb von zehn Jahren wären die Bestände der Armee aufzulösen, ihre Geräte und Einrichtungen einer zivilen Nutzung zuzuführen oder zu vernichten. Die Spitze der SP Schweiz unterstützt die Begehren.

Acht Initiativen innert 15 Jahren

Innert 15 Jahren wurden nicht weniger als acht Initiativen zur Schwächung der Armee lanciert, unter anderem 1989 die erste Armeeabschaffungsinitiative, 1993 die Volksbegehren «40 Waffenplätze sind genug» und «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» sowie 1997 die Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr. Zuletzt wurde Ende November 2000 die so genannte Umverteilungsinitiative deutlich abgelehnt. Alle Begehren scheiterten jeweils deutlich, weil sie sicherheits- und aussenpolitisch, im Falle des Verbots der Kriegsmaterialausfuhr, wirtschaftspolitisch unseriös waren und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz im Kern in Frage stellten.

Mit der Abschaffung der Armee würde die Schweiz eines zentralen Instrumentes ihrer Sicherheitspolitik beraubt. Sie könnte sich militärisch nicht mehr verteidigen und

würde auch in den Möglichkeiten eingeschränkt, bei der Bewältigung existenzieller Gefahren mitzuwirken und einen Beitrag zur internationalen Friedensunterstützung zu leisten. Der Schutz vor militärischen Gefahren müsste durch einen Beitritt zu einer militärischen Allianz sichergestellt werden, was unweigerlich zu Abhängigkeiten führen würde und die Aufgabe der Neutralität zur Folge hätte. Volkswirtschaftlich wären die Konsequenzen verheerend. Eine grosse Zahl von Arbeitsplätzen beim Bund und den Kantonen, aber auch in der Industrie gingen verloren. Besonders stark betroffen wären wirtschaftlich schwache Randregionen und Berggebiete.

Freiwilliger ziviler Friedensdienst (ZFD)

Das gleichzeitig mit der zweiten Armeeabschaffungsinitiative eingereichte Begehren will einen Zivilen Friedensdienst einführen. Er soll im In- und Ausland dazu beitragen, Gewaltverhältnisse abzubauen. Die Mitarbeit im ZFD wäre freiwillig. Dienstleistende würden für Einsätze sowie einsetzspezifische Aus- und Weiterbildung angemessen entschädigt. Der Dienst würde mit öffentlichen Mitteln finanziert.

Zielsetzung des ZFD bereits erfüllt

Die Förderung von Frieden und Sicherheit ist eines der Hauptziele der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Die Zielsetzungen der Initiative bilden bereits heute einen wesentlichen Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit und Friedensförderung der Schweiz. Im Bereich der humanitären Hilfe gelangten allein 1999 für die mandatsmässige Erfüllung der Aufgaben der humanitären Hilfe des Bundes fast 600 Angehörige des Katastrophenhilfekorps zum Einsatz. Im gleichen Jahr wurde in der zivilen Friedensförderung über 250 Einsätze von zivilen Friedensexperten in

20 verschiedenen Ländern betreut. Im März 2000 waren zum Beispiel in Kosovo über 400 namentlich bekannte zivile Institutionen tätig. Die Vielzahl bereits bestehender humanitärer und friedensfördernder ziviler Organisationen würde durch den geforderten ZFD noch weiter konkurrenziert. Eine Reihe organisatorischer Mängel macht es schwierig, den ZFD in die Gesamtkonzeption der Sicherheitspolitik der Schweiz einzubauen. Der Staat müsste den Friedensdienst zwar finanzieren, hätte aber keine Kontrolle über die Kosten. Gegenüber dem heutigen Zivildienst bringt der ZFD keine eindeutigen objektiven Vorteile.

Deutliches Nein gefordert

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat in den vergangenen 15 Jahren deutliche Zeichen gesetzt und die armeekritischen Begehren klar verworfen. Dass vor dem Hintergrund der Armeereform XXI jetzt wieder eine Abschaffungsinitiative zur Abstimmung gelangt, zeigt, welche Bedeutung die Initianten diesem Volksverdict beimessen. Die beiden neuen Initiativen sind ebenso deutlich wie die früheren klar abzulehnen. Die Armeeabschaffungsinitiative will die Schweiz ihrer bislang erfolgreichen Sicherheitspolitik berauben. Die Zielsetzungen des Zivilen Friedensdienstes sind bereits wesentlicher Bestandteil der schweizerischen Bemühungen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit.

Die Botschaften des Bundesrates zur Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» sowie «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)» sind zusammen mit den Beratungen im National- und Ständerat abrufbar unter: www.admin.ch, Parlament, Abstimmungen vom 2. Dezember 2001.

Weitere Informationen können auf www.chinfo.ch/vsuw oder www.chinfo.ch/miliz abgerufen werden. ■



Dieter Kläy,
Dr. phil.,
lic. rer. publ. HSG,
Major, Nachrichten-
offizier im Stab
Art Rgt 7,
8402 Winterthur.